

Zu geplanten Aktionen der „Letzten Generation“ diese Woche in Berlin

Welche Forderungen und Erwartungen der Klima-Aktivisten verbinden sich damit?

Interview mit Carla Hinrichs, Sprecherin der Letzten Generation

"Informationen am Morgen", 19.4.2023, 6:50 Uhr

Sarah Zerback: Sie wollen Berlin zum Stillstand bringen. Da haben sie sich viel vorgenommen, die Klima-Aktivistinnen und Aktivisten der Letzten Generation. Und das alles, damit die Bundesregierung mehr für den Klimaschutz unternimmt. Ab heute soll es losgehen mit einer ganzen Reihe von Aktionen, verknüpft mit konkreten Forderungen an die Politik. Darüber können wir jetzt reden mit einer der Sprecherinnen der Klimaschutz-Gruppe Letzte Generation, mit Carla Hinrichs. – Schönen guten Morgen!

Carla Hinrichs: Guten Morgen!

Zerback: Sie haben gestern schon Ihren Protestplan der Öffentlichkeit vorgestellt. Aber was da so ganz genau geplant ist, das haben Sie noch nicht gesagt. Warum machen Sie es da so spannend?

Hinrichs: Wir wollen es da nicht spannend machen. Die echt blöde Situation ist erst mal, dass wir uns in der Klimakrise befinden, und die eskaliert einfach gerade zur Katastrophe. Da haben wir uns als Menschen entschieden, nicht einfach mitzugehen mit dem Kurs der Bundesregierung, der uns da gerade aktiv über die Klippe fährt, sondern wir werden Widerstand leisten. Jetzt kommen wir nach einem Jahr Letzte Generation auf den Straßen mit mehr Menschen denn je in Berlin zusammen heute und werden versuchen, diese Stadt friedlich zum Stillstand zu bringen, um ganz klar an unsere Bundesregierung zu appellieren, so wird es nicht weitergehen, sie muss auf den Boden der Verfassung zurückkommen.

Zerback: Entschuldigung, wenn ich da einhake. Das ist ein Appell, der nicht nur an die Bundesregierung geht, sondern der erst mal viele Menschen in Berlin ab heute betreffen wird. Wenn Sie jetzt vorher konkreter werden, könnten Sie verhindern, dass Sie – und das ist ein Zitat – normalen Menschen in ihrem Alltag auf die Nerven gehen. Das sagt die Grünen-Politikerin Katharina Dröge. Oder gehört genau das zum Plan dazu?

Hinrichs: Genau! Ich darf mich an alle Menschen richten, die das hier auch gerade hören, insbesondere die in Berlin: Bleibt am besten heute nicht unbedingt im Straßenverkehr so viel unterwegs, sondern nutzt die öffentlichen Verkehrsmittel. Wir befinden uns auf den Straßen und wir werden Widerstand leisten im Sinne, dass wir diesen Alltag, diesen fossilen Alltag unterbrechen werden, und das auf verschiedenste Arten und Weisen. Wir haben inzwischen

auch Möglichkeiten gefunden, wie nicht jeder sich auf die Straße kleben muss, sondern auch mehr Menschen mitmachen können. Wir treffen uns heute um neun Uhr in der St. Thomas Kirche in Berlin und werden dort zusammenkommen und ab dann gemeinsam loslaufen und gemeinsam die nächsten Wochen diese Stadt zum Stillstand bringen.

Zerback: Okay, ich merke schon, da ist jetzt auch an dieser Stelle nicht mehr aus Ihnen rauszukitzeln. – Aber das ist ja ein Hauptkritikpunkt unter anderem anderer Umweltschutzgruppen. Die sagen, Lösungen gegen den Klimawandel finden wir nur gemeinsam und nicht, indem wir die Menschen im Alltag gegeneinander aufbringen. Sehen Sie das auch so? Tun Sie vielleicht der Sache, dem Klimaschutz, gar keinen Gefallen?

Hinrichs: Ich sehe das definitiv genauso, dass wir Klimaschutzlösungen nur gemeinsam finden, und das ist auch von uns die Forderung. Was wir erwarten ist, dass die Bundesregierung, weil sie es gerade nicht schafft, uns aus dieser Krise zu führen, einen Gesellschaftsrat einberuft. Ein Gesellschaftsrat wäre ein Zusammenkommen von einem gelosten Mini-Deutschland, was dann repräsentativ und geschult von Wissenschaftler*innen einen Plan erarbeiten würde, wie wir es schaffen, aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen, und das sozial gerecht bis 2030. Da könnten die Menschen endlich mal zusammenkommen. Da könnte endlich mal dieses Gegeneinander, was im Moment in der Gesellschaft herrscht, beendet werden. Die Menschen könnten zusammenkommen und gemeinsam sich überlegen, wie denn ein Plan aussehen könnte, wie man da rauskommt. Das

würde dann ins Parlament getragen werden und würde die großen, großen Mehrheiten hinter Klimaschutz zeigen, weil es ein von der Gesellschaft getragener Plan ist, der dann von der Politik umgesetzt werden muss.

Zerback: Ich sage mal so: Die Bundesregierung hat da ja ganz ähnliche Ideen. Da liegen sie gar nicht so weit auseinander. Es steht ja schon im Koalitionsvertrag und nennt sich Bürgerrat. Warum reicht Ihnen das denn nicht?

Hinrichs: Genau! Das ist nicht einfach irgendein Mittel, was wir uns jetzt mal ausgedacht haben, sondern es ist längst erprobt. Es gab auch 2021 in Deutschland schon einen solchen Bürgerrat Klima, der Maßnahmen entwickelt hat, die weit über das hinausgehen, was jetzt im Koalitionsvertrag steht.

Was wir brauchen ist ein Rat, der an der Realität gemessen wird. Das heißt, der muss eine Fragestellung haben, die wirklich mit der physikalischen Realität einhergeht. Das ist ganz wichtig.

Das andere, was wichtig ist, ist, dass die ganze Gesellschaft davon mitbekommt, dass das auf allen Titelseiten ist, dass die Regierung sagt, das ist hier gerade die Krisensitzung dieses Landes, hier kommt die Gesellschaft zusammen und macht einen Plan, wie wir aus der Krise rauskommen. Das ist wichtig, weil sonst kann sich das Land nicht davon repräsentiert fühlen. Aber wenn alle davon wissen, weiß auch der Auto-Fan aus dem Ruhrgebiet, dass ein anderer Auto-Fan in diesem Rat sitzen wird und dass er sich davon repräsentiert fühlen kann, und

nur so können wir die Gesellschaft wirklich zusammenbringen und können die Mehrheiten dann auch ins Parlament getragen werden.

Zerback: Repräsentant habe ich verstanden, ist sehr wichtig. Auch im Koalitionsvertrag steht da Ähnliches. Aber den Knackpunkt haben Sie jetzt noch nicht genannt, und zwar wollen Sie ja anders als es die Bundesregierung vorsieht Parlamente vorher verpflichten, die Vorschläge auch umzusetzen, bevor das Parlament die überhaupt kennt.

Hinrichs: Das ist nicht richtig.

Zerback: Das steht so in Ihren Vorschlägen und dazu hatten wir auch schon ein Interview mit einem Ihrer Co-Sprecher hier im Deutschlandfunk. Wollen Sie das noch mal geraderücken? Haben Sie sich da auf ein neues System verständigt?

Hinrichs: Ich kann Ihnen das gerne noch mal richtig erklären. Der Gesellschaftsrat entwickelt die Maßnahmen und die werden dann ins Parlament getragen von der Regierung. Was wir von der Regierung erwarten ist, dass sie die mit wirklich richtigem Schwung, mit wirklicher Überzeugung dann auch in das Parlament einbringt und da den nötigen Nachdruck hinter verleiht, dass das auch umgesetzt wird, weil sonst würde das nur wieder eine Scheineinbeziehung der Bevölkerung sein, wo die Menschen dann nur noch mehr von der

Demokratie enttäuscht werden. Natürlich bleiben die Abgeordneten in ihren Entscheidungen frei am Ende, aber ich denke, dass der Druck wesentlich höher auf das Parlament ist, wenn man genau sieht, okay, das wurde jetzt von einem Rat wirklich erarbeitet, alle haben davon mitbekommen, alle fühlen sich davon auch repräsentiert und jetzt muss das vom Parlament umgesetzt werden.

Zerback: Sicher eine wichtige Klarstellung. – Aber was macht Sie persönlich so sicher, dass die Menschen, die zufällig per Los ausgewählt werden, das auch wirklich wollen und dafür auch geeignet sind?

Hinrichs: Ich bin erst mal davon fest überzeugt, dass die Menschen wollen, dass wir in Zukunft für unsere Kinder noch etwas zu essen auf den Tellern haben. Wenn wir uns angucken, was uns mit der Klimakatastrophe bevorsteht, dann ist das ein Ausmaß von Krieg, von Leid, von Hunger, von Tod, der auch uns hier in Deutschland bevorsteht, den niemand möchte. Davon bin ich erst mal fest überzeugt.

Zerback: Aber wollen sie dafür auch reingelost werden? Das ist ja die Frage. Und wollen sie sich dafür so aktiv engagieren, wie Sie das den Menschen zulösen? Will dann jeder da wirklich mitmachen?

Hinrichs: Man kann sich gegen einen solchen Rat entscheiden, aber es ist eine Verpflichtung, dass man dann auch der Gesellschaft gegenüber an so was teilnimmt. Ich glaube, das ist auch ein moralischer Punkt. Aber wenn es wirklich gar nicht möglich ist, kann man sich auch dagegen entscheiden. Dann wird jemand anderes gelöst.

Woran ich aber auch glaube ist, dass das Wichtige, was ich noch mal darlegen möchte, ist, dass dieser Rat wirklich eine Fragestellung hat, die an der Realität gemessen ist. Das heißt, wie können wir über Maßnahmen diskutieren, aber das Ergebnis muss sein, wie wir 2030 sozial gerecht aus den Fossilen aussteigen. Das bedeutet, das Ergebnis kann zum Beispiel sein, der Rat entscheidet sich, dass wir weiter mit 160 über unsere Autobahnen brettern können, dann müssen sie aber andere Maßnahmen finden, wie sie das ausgleichen, damit wir es schaffen, aus den fossilen rauszukommen.

Zerback: Diese Forderung, Die Sie da aufstellen, da sind ja sicherlich einige, die das hören, dabei. Aber die Maßnahmen, Ihr Vorgehen, da fehlt aktuell noch die breite gesellschaftliche Unterstützung. Da gibt es jüngste Umfragen, die sagen, 86 Prozent wollen nicht, dass Sie sich zum Beispiel auf Straßen festkleben, was ein Mittel ist, was Sie oft anwenden. Wäre es da nicht klug, dieses Vorgehen zu ändern, um auch breiteren Konsens in der Gesellschaft zu erreichen?

Hinrichs: Ich persönlich würde auch unterschreiben, ich möchte nicht, dass Menschen sich auf Straßen kleben. Ich möchte mich selber nicht auf eine Straße kleben. Das tun wir nicht

aus Spaß, das tun wir nicht aus okay, lasst uns das doch mal machen, mal gucken, was passiert. Das tun wir, weil wir uns in eine Geschichte von zivilem Widerstand einreihen, und das Zeitfenster, in dem wir noch handeln können, sich so dramatisch schließt, dass wir jetzt zu diesem Mittel greifen, was wir als effektivstes in der Geschichte gesehen haben, wirklich schnell einen progressiven Wandel einzuleiten. Das natürlich friedlich, aber unterbrechend. Wir sind wie der Feueralarm quasi. Der Feueralarm nervt auch unglaublich toll, aber niemand würde ihn abschalten wollen, wenn das Haus brennt. Das ist gerade die aktuelle Situation. Wir rasen in diese Katastrophe und wir werden in den nächsten Jahren schon Kipppunkte reißen. Danach ist eine weitere Erhitzung des Klimas nicht mehr aufhaltbar und dann wird sich hier die Frage stellen, haben wir in Deutschland genug Wasser für unsere Kinder, haben wir genug Lebensmittel, wenn Dürren unser Land fluten. Das ist eine Krise, die uns bevorsteht, und eine Katastrophe von solchem Ausmaß; da müssen wir doch einfach Alarm schlagen als Bevölkerung, wenn unsere Regierung wirklich keinerlei Plan hat, wie sie uns da rausführen möchte.

Zerback: Ihre Kritik ist angekommen. – Jetzt sagen Sie, auch Sie persönlich haben kein großes Interesse, sich ständig auf Straßen zu kleben. Das wird inzwischen auch ziemlich scharf geahndet. Das bislang härteste Urteil wurde am Montag in Heilbronn gesprochen. Wegen Nötigung gab es Haftstrafen von mehreren Monaten. Sind Sie sich bewusst, dass Sie tatsächlich noch heute im Gefängnis landen könnten?

Hinrichs: Ja, ich bin mir dessen bewusst, und deswegen stehe ich heute Morgen auch auf mit einer ganz schön großen Aufregung. Ich bin 26, ich dachte immer, ich würde vielleicht ein paar Kinder kriegen, etwas Gutes für die Gesellschaft beitragen. Ich dachte nicht, dass ich vor einem Gericht stehen würde. Ich habe Jura studiert. Ich dachte, eher vielleicht als Richterin. Jetzt kann es sein, dass ich für mein Verhalten verurteilt werde und dass ich dafür im Gefängnis lande. Ich bin mir dessen bewusst. Ich habe davor Angst, aber ich glaube, es ist notwendig, dass gerade Bürgerinnen und Bürger entschlossen vorangehen und sagen, ich trage die Konsequenzen dafür, weil die Konsequenzen der Klimakatastrophe so viel dramatischer werden.

Zerback: Sie erleben nicht nur juristische Konsequenzen im Fall der Fälle, sondern bei Blockadeaktionen auch Gewalt, Sie und Ihre Mitstreiter, Hass im Netz, aber auch körperliche Gewalt, wenn zum Beispiel Autofahrer gewalttätig werden. Fühlen Sie sich da ausreichend geschützt und sicher?

Hinrichs: Ich habe da unglaubliche Angst vor und ich frage mich auch ehrlich, warum müssen Menschen so was tun, warum müssen wir uns auf die Straße setzen, um den Alltag zu unterbrechen, und uns einer solchen Gefahr ausliefern. Letztens ist ein Auto nur kurz vor meinen Knien stehen geblieben. Das lässt das Herz rasen, das macht solche Angst. Was, wenn einmal jemand weiterfährt.

Aber wenn ich auch diese Wut in der Bevölkerung sehe wegen eines einzigen Staus, dann merke ich nur noch mehr, wie groß wird denn die Wut sein, wenn in den Lebensmittelregalen nicht genug Essen für uns alle ist, und das bestätigt mich auch darin, was ich dann tun muss, nämlich diese Gesellschaft wachrütteln.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.